

Klimapolitik durch die Brille des Ökonomen

Nach dem Klimagipfel in Kopenhagen – und «Climategate»

Der unter dem Schlagwort «Climategate» publik gewordene E-Mail-Verkehr der University of East Anglia werfe ein schiefes Licht auf die Klimapolitik, die durch Einseitigkeit geprägt sei, schreibt der Autor.

Hans Rentsch

Nach dem Kopenhagener Minimalkonsens zur Gestaltung der künftigen globalen Klimapolitik verbreitet die Umwelt-Lobby Katzenjammer, Bundesrat Leuenberger hingegen Zweckoptimismus. Vom Uno-Gipfeltreffen «COP15» sind zwei Punkte im Gedächtnis geblieben. Erstens hantieren Politiker mit exakten Temperatur- und CO₂-Reduktions-Zahlen, wie wenn das Klima im physikalischen Labor stattfände. Zweitens geht es um astronomische Geldsummen, die gegen den Klimawandel verteilt und umverteilt werden sollen. Solche Aussichten mobilisieren alle möglichen Akteure. Zu den materiellen Profiteuren gehört auch der Wissenschaftskomplex. Die öffentliche Aufmerksamkeit müsste vermehrt auf die drohende Politisierung der Forschung gelenkt werden, eine Aufgabe, der sich die Medien auch in der Schweiz bisher verschlossen haben.

Skeptiker marginalisieren

«Climategate» hat bis heute hierzulande kaum Beachtung gefunden. In den Informationsendungen unserer Staatsmedien war dazu nichts zu vernehmen. Obwohl nicht abzuschätzen war, welche Tragweite «Climategate» haben würde, gab es Anfang Dezember Interessantes zu berichten: Der von Hackern abgefangene E-Mail-Verkehr der britischen Climatic Research Unit (CRU) der University of East Anglia deckte manipulative Praktiken auf, die man im Wissenschaftsbetrieb nicht erwarten würde. Die CRU ist entscheidend am Uno-Klimarat Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC) und dessen Publikationen zur Klimaerwärmung beteiligt.

Klimawissenschaftler diskutierten per E-Mail untereinander Aktionen gegen kritische Fachkollegen. Auf der Website www.heise.de/tp sind einige der unschönen Praktiken beschrieben: Es geht dabei etwa um Versuche, Daten zu «beschönigen» oder zu «verbessern», in einer E-Mail als «Trick» bezeichnet. In einer anderen Nachricht heisst es, man könne die Erwärmung leider nicht beweisen. CRU-Direktor Phil Jones schrieb, er würde die vom Institut gesammelten Klimadaten lieber vernichten, als sie über ein Gesuch nach dem Informations-Freiheitsgesetz an die Klimaskeptiker herauszugeben. Und er forderte seinen Kollegen, den amerikanischen Klimaforscher Michael Mann, auf, E-Mails zu löschen. Dieser wieder-



Fast alle reisten zum Uno-Klimagipfel (Bild: Lichtprojektion des Schweizer Künstlers Gerry Hofstetter).

FRANK SCHWARZBACH / EPA

um gibt Kollegen zu bedenken, ob man nicht eine Wissenschafts-Zeitung boykottieren solle, weil dort Artikel von Klimaskeptikern veröffentlicht würden, die sonst vom Peer-Review-Prozess abgelehnt wurden («I can't see either of these papers being in the next IPCC report. Kevin and I will keep them out somehow – even if we have to redefine what the peer-review literature is!»).

Und in der Schweiz?

In der Schweiz hat die politisierte Klimawissenschaft vor allem dank unserer klimapolitisch engagierten Staatsmedien ein Gesicht. Als führendes Mitglied im IPCC hat der Berner Klimawissenschaftler Thomas Stocker oft Auftritte an Radio und Fernsehen. Obwohl er sich selber als unparteiischen Vermittler wissenschaftlicher

Erkenntnisse betrachtet, zielen seine medialen Auftritte auf politische Wirkung auf der Linie des IPCC-Konsenses. Dabei ist dieser Konsens wissenschaftlich nicht unbestritten. Nur haben die Skeptiker unter den Forschern keinen globalen «Sprachverstärker» wie das IPCC. Zudem drohen ihnen Machenschaften der Marginalisierung, wenn sie den wissenschaftlichen Konsens zu stark stören (Hinweise dazu etwa im Artikel «How to Manufacture a Climate Consensus» des Klimaforschers Patrick J. Michaels).

Der ehemalige US-Vizepräsident und heutige Klimaaktivist Al Gore verweigert die direkte öffentliche Debatte mit dem weltbekannten Kritiker der offiziellen Klimapolitik, dem dänischen Ökonomen Björn Lomborg. Eine subtilere Form der Diskussionsverweigerung ist die Vermeidung einer Debatte mit

kompetenten Skeptikern. Professor Stocker lehnte vor rund zwei Jahren eine Anfrage, als Referent an einer Avenir-Suisse-Tagung zum Thema «Wissenschaft und Öffentlichkeit» aufzutreten, mit dem Hinweis ab, das Konferenzprogramm sei einseitig. Offenbar hatte es ihm unter den Referenten zu viele Klimapolitik-Skeptiker.

Auffallend war auch Stockers Abwesenheit am Thuner «Climate Forum 2008», obwohl er Mitglied von dessen Beratergremium ist. Damals luden die Veranstalter neben dem Autor des inzwischen berühmten, aber umstrittenen Stern-Berichts, Sir Nicholas Stern, verdienterweise auch IPCC- beziehungsweise Kyoto-Kritiker wie Lomborg und den tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus als Referenten ein, was im Advisory Board zu einiger Irritation geführt haben soll. Als dieses Jahr das «Climate Forum» den Schwerpunkt auf die klimapolitische Aktion legte, gab es keine kritischen Referenten mehr. Hingegen hielt Professor Stocker – von Skeptikern ungestört – das Eröffnungs-Referat.

Fragwürdige Würdigung

Selbst die renommierte ETH ist gegen Politisierung nicht gefeit. Die ETH Lausanne verlieh vor zwei Jahren Al Gore, bekannt durch seinen Klimakatastrophenfilm «An Inconvenient Truth», die Ehrendoktorwürde – ein bewusster politischer Akt. Auch dem Sponsoring dürfte der medienwirksame Coup nicht

abträglich gewesen sein. Passender für eine naturwissenschaftliche Hochschule wäre es gewesen, wenn sie sich darum gemacht hätte, die von Gore publikumswirksam inszenierte «Wahrheit» zu hinterfragen.

Das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich ist in einem Projekt mit dem umweltpolitisch engagierten Club of Rome verbunden. Auf der Agenda des Club of Rome steht der Klimawandel ganz oben. In seiner «Amsterdam Declaration» zum Kopenhagener Klimagipfel stösst man in den ersten paar einleitenden Zeilen auf lauter alarmistische Formulierungen. Der drohende Klimakollaps bietet dem Club of Rome die Chance, den Ladenhüter «Grenzen des Wachstums» neu zu beleben: «We should not aim to recover the pre-crisis path of economic growth, which leads towards disaster», liest man in der «Amsterdam Declaration».

An einem gemeinsamen Anlass von ETHZ und dem Club of Rome zum Klimawandel traten im vergangenen Jahr auf dem Podium eine ganze Reihe von ETH-Professoren als politisierte Forscher auf. Sie präsentierten zwar auch ihre Forschungsergebnisse, darüber hinaus riefen sie aber auch mehr oder weniger eindeutig zu politischem Handeln gegen den Klimawandel auf. Auf die Rolle des «honest broker» wollte sich kaum jemand beschränken.

Ökonomie der Klimapolitik

Wer lesend bis hierher gelangt ist und denkt: Aha, noch so ein Klimaleugner, hat die Botschaft nicht verstanden. Es geht nicht darum, den Klimawandel oder den möglichen menschlichen Einfluss auf das Klima zu bestreiten. Sich in diese Debatte einzumischen, würde sich für einen Sozialwissenschaftler nicht ziemen. Was aber Aufgabe des Ökonomen sein muss, ist die Anwendung von Forschungserkenntnissen seiner Disziplin bei der Klimapolitik. Die «politische Ökonomie der Klimapolitik» legt nahe, dass gerade hier, wo für ein moralisch aufgeladenes Ziel marktverzerrende Regulierungen und Milliardensummen eingesetzt werden sollen, die Theorie der Interessengruppen (Stichwort «rent-seeking») ein wunderbares Betrachtungsobjekt findet. Nicht nur private Unternehmen zählen inzwischen zu den eifrigen «Renten-Suchern», sondern auch Politiker, Behörden und der rasant wachsende Forschungsbetrieb.

Nicht zu vergessen die riesige Industrie der Umwelt-NGO, die das Kopenhagener Minireultat lautstark beklagen. Dabei wissen diese genau: Solange die Politik weit hinter ihren radikalen Forderungen zurückbleibt, lassen sich mit apokalyptischen Klimawarnungen Einfluss und Spendengelder bestens erhalten und mehren. Das sollten besonders auch unsere Staatsmedien bedenken, wenn sie jeweils Kaderleute von Greenpeace und anderen Umweltmultis vor die Kameras bitten.

Zur Rolle der Hauptakteure in der Klimadiskussion

IPCC

Dem Publikum wird suggeriert, beim IPCC handle es sich um ein wissenschaftliches Gremium. Richtig ist, dass diese Institution schon immer als politisches Instrument geplant war und dies auch geblieben ist, so sehr man versucht, den wissenschaftlichen Konsens im IPCC in den Vordergrund zu rücken. IPCC-Chairman Pachauri ist zwar auch Naturwissenschaftler, scheute sich aber nicht, Lomborg mit Holocaust-Semantik zu traktieren und damit die Tonlage für den Umgang mit Kritikern der IPCC-basierten Klimapolitik vorzugeben: «Wodurch unterscheidet sich Lomborgs Sicht auf die Menschen von denjenigen Hitlers?», oder: «Wenn Sie Lomborgs Denken folgen sollten, war das, was Hitler getan hat, möglicherweise richtig.» (Zitate aus Björn Lomborg: «Cool it. Warum wir trotz Klimawandels einen kühlen Kopf bewahren sollten.») Kein Wunder, hat sich in den

politischen Kampfzonen des deutschen Sprachraums für Skeptiker pauschalierend der perfide Begriff Klimaleugner fest eingebürgert.

Schweizer Radio und Fernsehen

Im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz profilierten sich unsere Staatsmedien durchwegs als Propaganda-Sprachrohr für den Mainstream der IPCC-Konsens-Wissenschaftler. Als Feigenblatt für Ausgewogenheit sollte wohl ein Kurzbeitrag von «10 vor 10» mit einem arrangierten Streitgespräch ohne direkte Konfrontation zwischen Stocker und Lomborg dienen. Und kritische Haltung meinte etwa «Rundschau»-Moderator Urs Leuthardt wohl damit zu markieren, dass er Umweltminister Leuenberger mit den ambitionierten CO₂-Reduktions-Vorstellungen von Klimaforscher Stocker konfrontierte und der Politik mangelnden Einsatz zu unterstellen suchte.

Kritischer Journalismus würde aber heissen, die nicht so einträchtigen Verhältnisse in der Klimaforschung einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Oder die Programme der Klimapolitik unter dem Gesichtswinkel von Nutzen und Kosten zur Diskussion zu stellen. Der gesetzliche Informationsauftrag der Staatsmedien würde die Pflege der Meinungsvielfalt auch auf dem Gebiet der Klimapolitik gebieten. Dies nicht zuletzt, weil die eidgenössische Medienpolitik unter anderem die fatale Wirkung hat, dass es neben den elektronischen Staatsmedien kein nationales privates Programm geben darf, das Gegenpositionen vertreten könnte.

Der Bundesrat

Seit es im Siebnergremium keinen Bundesrat mehr gibt, der Kollegialregierung so versteht, dass sich jeder auch mit den Dossiers der anderen beschäftigt, um in wichtigen Fragen im Widerstreit der

Ideen zu einer gemeinsamen Position zu gelangen, ist der Bundesrat eine Truppe von Einzelakteuren. Umweltminister Moritz Leuenberger fährt – vom Kollegium offenbar unbehelligt – voll auf der Linie von Kyoto, IPCC und EU. «Climategate» und weitere verfügbare Hinweise auf Manipulationen und den Ausschluss von Skeptikern in der Forschungsgemeinde scheinen den Umweltminister nicht zu erschüttern.

Das Grundproblem der von Leuenberger vertretenen Klimapolitik liegt in der Verzettelung auf alle möglichen Massnahmenbereiche, oft ohne Rücksicht auf die Kosten. Das Milliardenprogramm der energetischen Sanierung von Gebäuden kostet pro eingesparte Tonne CO₂ gemäss heutigen Schätzungen fast 2000 Fr. (NZZaS vom 20. 12. 09). Zum Vergleich: Die Tonne CO₂ wird derzeit zu unter 20 Fr. gehandelt; der bisherige Höchstpreis lag bei knapp über 42 Fr. Auch wenn die CO₂-

Kosten steigen sollten (was übrigens auch auf die Sanierungskosten zutreffen dürfte), braucht es Jahrzehnte, bis sich diese Energiesanierungen rechnen. Über die extrem hohen Kosten freuen sich vor allem die profitierenden Wirtschaftssektoren, was erklärt, weshalb das Programm im Parlament selbst vonseiten notorischer Sparer kaum auf Widerstand stossen wird.

DOSSIER «DER KLIMAWANDEL UND DIE FOLGEN»

Der Klimawandel hat sich zu einem dominierenden Thema entwickelt. Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Erderwärmung mit grosser Wahrscheinlichkeit vom Menschen mitverursacht wird.

www.nzz.ch/dossiers